



Foto: G. Halt

Die Neumitglieder v. l. Bianka Schmäke, Ursula Böttcher, Mo Neumann und Jana Köhler, 4. v. l. Ortsvorsitzende Renate Adolph

## Neue Mitglieder in Hoppegarten machen Mut

Ursula Böttcher und Mo Neumann wurden Mitte Januar herzlich im Kreis der Mitglieder der LINKEN Hoppegarten aufgenommen. Die ehemalige Lehrerin (66) und die gelernte Kita-Erzieherin (25) unterstrichen, dass es ihnen gerade jetzt in Krisenzeiten der Partei sowie in der angespannten finanziellen Situation vieler Menschen wichtig sei, sich in der LINKEN zu engagieren. Sie sei die stärkste Kraft, die konsequent die Interessen der Menschen vertrete. Der Ortsverband konnte in den letzten vier Jahren bereits sieben Neumitglieder von 18 bis 67 Jahren begrüßen.

Bei ihrem diesjährigen Jahresauftakt war es den Genoss\*innen zum Herzenssache, sich über die Situation der LINKEN zu verständigen. Dabei waren sie sich einig: In dieser kapitalistischen Gesellschaft werde die Partei dringend gebraucht und sollte zusammenstehen. Es sei ein wichtiges Signal, dass alle Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder die Leipziger Erklärung mit Parteigrundsätzen im Dezember unterschrieben haben. Unterschiedliche Sichtweisen sollten in einer pluralistischen Partei ausgetauscht und respektiert werden.

Letztlich seien aber Mehrheitsentscheidungen zu beachten. Zum Beispiel: Ist der russische Krieg gegen die Ukraine angebracht, um sich gegen eine Annäherung der NATO zu wehren? Nein: Angriffskriege sind nicht zu rechtfertigen. Auf die Frage, wie kann DIE LINKE die Menschen besser erreichen, kamen die Genoss\*innen zu dem Schluss, Ansehen und Wirkung der Partei durch ihre eigene Arbeit zu erhöhen in Vertretungen, Parlamenten, Vereinen und Verbänden, mit Infoständen und Veranstaltungen vor Ort.

Renate Adolph

**Abgeordnete in  
Freienwalde**

**Seite 3**

**Kaiser u. van Aken  
zu Friedenslösung**

**Seite 5**

**Sebastian Walter  
für Härtefallfonds**

**Seite 6**

**Was macht  
Karsten Knobbe?**

**Seite 7**

## ◀ Linke vor Ort

### Haben Mieter\*innen in Strausberg nichts zu melden?



Andrej Holm bei Mietenforum

Diese provokante Fragestellung diskutierten Ende 2022 das Strausberger Mietenstopp-Bündnis und der Verein „alternativen denken“ gemeinsam mit Mieter\*innen im Zusammenhang mit Handlungsspielräumen von Mieterbeiräten. In Strausberg existieren Beiräte kaum noch. Das Mietenstopp-Bündnis rührt für eine Neueinrichtung derzeit die Werbetrommel.

Der bekannte Stadtsoziologe Dr. Andrej Holm erläuterte zum Auftakt der Veranstaltung Funktionsweisen des Mietmarktes. Dabei wurde schnell klar, dass steigende

Mieten keine Ausnahmesituation sind, die sich auch wieder zu stabilen Mieten normalisieren könne. Stattdessen bleiben steigende Preise die Norm. Die Stagnation der Preise in den 90er Jahren in Ostdeutschland war eine Ausnahme. Die Verschärfung des Mietenproblems werde in Berlin am deutlichsten: Gab es in 2007 noch 64000 Wohnungen, die für Hartz-IV-Empfänger\*innen noch „leistbar“ waren, so stellten es 2021 nur noch 4200 Wohnungen dar. Es gibt immer weniger preiswerte Wohnungen. Wer umziehen muss, findet zumeist nur teurere Wohnungen. Im Verhältnis werden ärmere Menschen durch Mietkosten viel mehr belastet als wohlhabendere, so dass Andrej Holm feststellte: „Wohnen zur Miete macht arm.“

Die Ursachen dieser Entwicklung seien im Kapitalismus begründet. Schon Engels beschrieb 1877 dieses Problem in seinem Werk „Zur

Wohnungsfrage“. Über 100 Jahre später fassten es die Marxisten Peter Marcuse und Marcus Madden zusammen: „Es gibt einen stetigen Konflikt zwischen Wohnen als Zuhause (Gebrauchswert) und dem Wohnen als Immobilie (Tauschwert).“

Das Einzige, was diesen Konflikt innerhalb des Kapitalismus bremsen könne, seien staatliches Handeln und Kämpfe der Mietenden selbst. Hier kommen die Mieterbeiräte ins Spiel, die wenige verbriefte Rechte haben, sich aber dennoch immer wieder Spielräume erkämpften. Andrej Holm zeigte an Beispielen aus Hessen, Gießen und Berlin, wie echte Mitbestimmung von Mieterbeiräten durchgesetzt werden konnte. Davon ausgehend diskutierten die Anwesenden, wie die Gründung von Mieterbeiräten bei der Strausberger Wohnungsbau-gesellschaft (SWG) unterstützt werden könne.

Susanne Lang

### Jahresauftakt der Seelower LINKEN

Mitte Januar traf sich die Seelower LINKE zu ihrer Jahresauftaktveranstaltung.

Wir bedankten uns bei den aktiven Mitstreitern für ihre Arbeit im zurückliegenden Jahr und diskutierten über die aktuelle Lage unserer Partei, über den Krieg in der Ukraine und natürlich über

unsere lokalen Aktivitäten.

Bereits am zweiten Sonntag im Januar waren Genoss\*innen wieder zur traditionellen Demo zu Ehren der ermordeten Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nach Berlin gefahren. Am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus,

luden wir Einwohner\*innen zu einer Gedenkveranstaltung am VVN-Ehrenmal in Seelow ein.

Ab März wird die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Stadtvorstand wieder monatliche Infostände auf dem Seelower Markt durchführen. Bei der Auftaktberatung planten wir zudem unsere Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März, zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai sowie zum 1. Mai mit dem traditionellen Polit-Frühsschoppen.

Es sind auch wieder Klubgespräche im LinksTreff mit Experten geplant, zu denen auch interessierte Bürger\*innen eingeladen sind.

Am 25. August werden wir wieder unser in der Region beliebtes Hof-fest mit Polittalk bekannter Linkspolitiker veranstalten.

Doris Richter



Foto: A. Fortunato

## ◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

### **Gesundheit, Soziales, Schulen, Kitas, Kultur, Sport**

#### **Freienwalder LINKE in Parlamenten für Bürger\*innen aktiv**

**Karin Klinger** ist seit vielen Jahren unsere Abgeordnete im Kreistag. Sie schätzt die Arbeit in der Fraktion, weil alle Mitglieder gemeinsame Interessen zum Wohle der Menschen vertreten und sich alle in den jeweiligen Ausschüssen dafür einsetzen. Sie selbst ist im Bildungsausschuss tätig. Leider ist die langjährige Forderung der LINKEN für einen elternbeitragsfreien Schülerverkehr bisher gescheitert. Dennoch will die Linksfraktion weiter dafür eintreten. Die Fraktion hat z. B. zur kommunalen Trägerschaft des Krankenhauses Strausberg mit inzwischen weiteren wichtigen Einrichtungen in Wriezen, Freienwalde und Seelow entscheidend beigetragen. Bemängelt wird, dass der Landrat vieles im Alleingang entscheidet.

**Vera Wesner** ist seit 1978 Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Bad Freienwalde und verfügt über viel Erfahrung. Wichtig ist für sie das Gespräch mit Bürger\*innen über deren Anliegen und Vorschläge. Hin und wieder wird ihr auch gedankt. Beteiligt war sie u. a. daran, dass Schulsozialarbeiter\*innen eingesetzt und ein neues Feuer-

wehrgelände gebaut wurden. Sorgen bereiten ihr ständige NEIN-Sager bei Abstimmungen sowie der zunehmend enge Entscheidungsrahmen, nicht nur bei Finanzvorhaben.

**Angela Hannemann**, auch eine erfahrene Abgeordnete in der SVV, ist Vorsitzende des Hauptausschusses und so an wichtigen Entscheidungen beteiligt. Dabei sucht sie Allianzen für einzelne Projekte. Die gründliche Vorbereitung auf Sitzungen ist für Angela selbstverständlich. Das vermisst sie z. T. bei einigen Abgeordneten. Auch sie ärgert sich über ständige „Verhinderer“ und freut sich über Erfolge, z. B. über die Resolution zur Kurstadtentwicklung und den Beschluss zur Erweiterung des Schwimmbades. Sie meint aber auch, es gehe oft einen Schritt vorwärts und zwei zurück.

**Marco Büchel** übt seit 2003 Mandate sehr engagiert aus. Über mehrere Jahre war er u. a. als Abgeordneter im Landtag Brandenburg tätig. Er ist Vorsitzender der Linksfraktion in der SVV und leitet seit 20 Jahren den Bildungsausschuss. Um etwas verändern zu können,

hält er Kontakte zu Schulen, Kitas, Kindern, Eltern und kann auf Erfolge zurückblicken: Alle Schulstandorte wurden erhalten und weiterentwickelt. Die Kita in Altglietzen wird nicht geschlossen. Die Stadt hat ein breites Kultur- und Vereinsangebot. Marco gab den Anstoß für den jüdischen Gedenkort in der Stadt. Er sieht Probleme bei der Umsetzung von Beschlüssen. Zum Beispiel wurde die Erweiterung des Schwimmbades 2017 beschlossen. Es soll endlich 2023 in den Haushaltsplan aufgenommen werden und wird von Einzelnen schon wieder infrage gestellt.

**Jörg Grundmann** leitet seit vielen Jahren als Vorsitzender die Sitzungen der SVV. Seine Genossen achten vor allem sein ruhiges, sachliches Auftreten. Der souveräne Führungsstil beruht auf seiner umfassenden Kenntnis von Vorschriften.

Einige Abgeordnete anderer Fraktionen treten allerdings zunehmend respektlos auf. Aber unsere Abgeordneten kämpfen weiter auf ihren Gebieten für Veränderungen zum Wohle der Bürger\*innen.

*Dorit Schulze*

## **Gedenken an Erna und Kurt Kretschmann**

Traditionell gedachten Mitglieder der LINKEN und Freunde des Hauses der Naturpflege am 6. Januar der beiden Ehrenbürger von Bad Freienwalde, Erna und Kurt Kretschmann an deren Gräbern. Die Kretschmanns haben beachtliche Spuren für ein breites Umweltbewusstsein in der Region und weit darüber hinaus hinterlassen.

Das anschließende gemütliche Zusammensein ist in jedem Jahr ein schöner Beginn unserer politischen Tätigkeit, ganz im Sinne von Erna und Kurt.

*Karin Klinger*



## ◀ Kolumne

# Gedanken zum deutschen Nationalismus

Von Carsten Kopprasch

Ich wurde 1957 geboren. Das Ende des verbrecherischen Zweiten Weltkrieges, den das faschistische Deutschland anzettelte, der Tod und Leid über den gesamten europäischen Kontinent brachte, war erst 12 Jahre her. Von meinen Eltern und Großeltern habe ich erfahren, wie der Krieg auch bei ihnen und ihren Familien gravierende Spuren hinterlassen hatte. Sie haben Verfolgung, Tod, Hunger und Elend am eigenen Leib erfahren.

70 Millionen Tote waren das Ergebnis des Krieges. Hitler und seine NSDAP wurden 1933 vor allem mit Hilfe des deutschen Industrie- und Finanzkapitals sowie den Erben des Kaiser-, Königs- und Adelshauses der Hohenzollern zur Macht verholfen. Durch ihre Uneinigkeit und Unversöhnlichkeit konnten die beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD dies nicht verhindern. Hitler versprach dem deutschen Volk Arbeit, Wohlstand, Revision des Versailler Vertrags. Propagiert wurden ein deutscher, preußischer Nationalismus, die Errichtung eines neuen und großen deutschen Reiches, in dem es keinen Platz geben sollte

für Juden, Slawen und Andersdenkende – insbesondere Kommunisten.

Die Mehrheit des deutschen Volkes glaubte an den Führer. Der Aufruf der KPD „Wer Hitler wählt – wählt Krieg“ wurde nur von einer Minderheit wahrgenommen. Die Abschaffung demokratischer Grundrechte, das Parteienverbot und die Gleichschaltung des gesellschaftlichen Lebens wurden akzeptiert und die Okkupation und Ausbeutung anderer Staaten von einer Mehrheit als der richtige Weg angesehen.

Das deutsche Volk war nicht in der Lage und die Mehrheit auch nicht gewillt, das faschistische Regime und den Krieg von sich heraus zu beenden. Dafür bedurfte es der Anti-Hitler-Koalition, vor allem jedoch der Sowjetunion und seiner Roten Armee, die auch die Hauptlast im Kampf gegen Hitler-Deutschland aufbringen musste. Der Schwur des Jahres 1945 „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ wurde nur von Teilen der deutschen Bevölkerung verinnerlicht. Vertriebenenverbände hegten weiter den Geist von Revanchismus und Nationalismus.

In den 1990er Jahren wurde

Deutschland unter Führung von Sozialdemokraten und Grünen wieder teilnehmende Kriegspartei und nimmt eine Spitzenposition bei Hochrüstung und Waffenexporten ein. Der mehrheitliche Aufschrei bleibt aus. Manipulation und Instrumentalisierung der Menschheit sind auch heute möglich. Kriege und Ausbeutung anderer Staaten werden wieder als legitim angesehen. Rechtsextreme und faschistische Parteien und Bewegungen haben wieder Zulauf.

Ich habe Angst, dass die lange Friedenszeit irgendwann auch in Deutschland wieder vorbei sein wird zum Leid meiner Kinder und Kindeskinde.

Es bleibt gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Nationalismus, Faschismus und Krieg zu verhindern und sich konsequent für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzusetzen. Anders werden wir weder Hunger und Elend auf der Welt beseitigen, den Schutz von Klima und Umwelt erreichen oder ein solidarisches Miteinander bewerkstelligen können. Deshalb sind diese Grundforderungen ein fester und nicht verhandelbarer Schwerpunkt einer linken Politik.

## Karl und Rosa gegen Kriegseinsätze

Auch in diesem Jahr ehrten wieder Mitte Januar mehrere Tausend

Mitstreiter linker Organisationen die Mitbegründer der KPD Karl

Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde sind auch zahlreiche LINKE aus Märkisch-Oderland gekommen. Es ist erfreulich, dass sich die vielen linken Gruppierungen wenigstens hier zusammenfinden und gemeinsame Stärke demonstrieren. Schade, dass diese geballte Kraft darüber hinaus kaum zusammenkommt. Es bedarf noch immer aktiven geballten Engagements gegen soziale Spaltung und gegen Krieg.

r. a.



Mitglieder der Linksfractionen des Landtages und des Kreistages MOL auf der Demo



Fotos: W. Adolph

## ◀ Zeitzeugen

### Mehrheit in BRD ist gegen Waffenlieferungen

Linksfraktion lud zu hochkarätiger Diskussion über Ukraine-Krieg ein

Zu einer hochkarätigen Podiumsdiskussion nach fast einem Jahr des Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine hat die Linksfraktion des Landtages Brandenburg Mitte Januar nach Potsdam eingeladen. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) erläuterten Hintergründe und Auswirkungen des Krieges sowie linke Friedenspolitik: Dr. Jan van Aken (ehem. Bio-waffeninspekteur für die Vereinten Nationen, und ehem. Bundestags-abgeordneter der LINKEN), Kerstin Kaiser (ehem. Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg und Leiterin des Moskauer Büros der RLS) und Dr. Ingar Solty (Außenpolitikexperte der RLS), moderiert von Steffen Kludt (Vorsitzender der RLS Brandenburg).

Sebastian Walter, Vorsitzender der Fraktion, begrüßte die rund 100 Besucher\*innen und unterstrich, dass DIE LINKE stets das Völkerrecht verteidige. Nichts entschuldige einen imperialistischen

Angriffskrieg. Mit jeder Waffe werde der Krieg verlängert. Waffen und Sanktionen seien keine Lösung. Die Russlandkennerin Kerstin Kaiser unterstrich, Russland habe bereits mit dem Beginn des Krieges verloren: u. a. Zusammenschluss der NATO und spürbare Sanktionen. Das Land sei anderen europäischen Staaten ökonomisch weit unterlegen.

Die Notwendigkeit, den Stellvertreterkrieg schnellsten mit Diplomatie zu beenden, hob Ingar Solty hervor. Es könne keinen Sieger geben. Die USA seien die einzigen Gewinner des Krieges u. a. mit einem riesigen Konjunkturprogramm. Deutschland sei bereits de facto Kriegsteilnehmer.

Jan van Aken merkte an, dass nach Umfragen eine Mehrheit der Deutschen gegen Waffenlieferungen sei, trotz der massiven medialen Kriegshysterie. Er erinnerte an Egon Bahr, der sich stets für eine Eigenständigkeit der EU gegenüber der NATO eingesetzt hat-



v. l. Steffen Kludt, Kerstin Kaiser, Ingar Solty, Jan van Aken Foto: R. Adolph

te. Dennoch klebe die BRD heute fest an der Seite der USA. Die absteigende Hegemonialmacht USA wolle, dass ihr die Europäer den Rücken in der Auseinandersetzung mit China freihielten.

Fazit des Podiums: Linke und Friedensbewegte müssen hörbar Position für eine diplomatische Lösung beziehen. Die Friedensbewegung müsse aktiv unterstützt werden, u. a. bei den bevorstehenden Ostermärschen.

Renate Adolph

### Wer stoppt die Kriegstreiber?

Deutschland wird immer mehr zur Kriegspartei in Europa. Nach der Lieferung von 40 „Marder“ und einer Flugabwehrbatterie folgen „Leopards“. Sollen dann auch noch Flugzeuge und Angriffsraketen folgen? Dafür sind die Kriegstreiber, voran die Waffenlobbyistin Strack-Zimmermann von der FDP und die Garde der „Grünen Militärspezialisten“ Hofreiter und Baerbock, die gestiegene Bereitschaft Deutschlands, den Krieg in der Ukraine zu entwickeln, kosten Hunderttausenden Ukrainern und Russen das Leben und erhöhen die atomare Kriegsgefahr für den westeuropäischen Raum erheblich.

Warum? Weil Deutschland ein Vasall der USA ist und eine Aus-

dehnung der NATO weiterverfolgt wird. Die Machtgebiete Russlands – und das gilt auch für China – sollen weiter eingeschränkt werden. Da verzichtet man auch nicht auf solche Typen wie den Verehrer des Judenmörders Stepan Bandera, den ehemaligen Botschafter in Deutschland und jetzigen Vizeaußenminister Andreij Melnyk. Dieser „Diplomat“ fordert Panzer und Kampfflugzeuge, Kampfdrohnen, ballistische Raketen, Kriegsschiffe und U-Boote. Sie sollten daran denken: Russland ist eine Atom-macht!

Die deutsche Öffentlichkeit wird immer mehr in Richtung Waffenlieferung manipuliert. Das tut einfach weh. Diplomatische Lösungen

werden primär nicht als Lösung angesehen. Militärische Lösungen haben den Vorrang, sie sind die „bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, wie es Carl von Clausewitz (Vom Kriege Buch I, Kapitel 1, Absatz 24) beschrieben hat. Es gibt immer Ursachen für eine gewaltsame Fortsetzung der Politik und diese ist meistens nicht einseitig.

Im Kapitalismus verdienen die Waffenkonzerne auch deutlich mehr auf Kosten der Menschen, die in der Ukraine als Kanonenfutter sterben. Es bleibt nur ein Weg zur Beendigung des Krieges: Waffenstillstand, Verhandlungen zur Lösung der politischen und territorialen Fragen und Friedensverträge. Dieter Schäfer

## ◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

### **DIE LINKE im Bundestag – Die soziale Opposition!** Fünf Vorschläge für soziale Sicherheit und Frieden

Zum Jahresauftakt erklärten die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch: Rekorddividenden bei den Konzernen und Rekordschlangen an den Tafeln: In dieser Krise ist es die Verantwortung der LINKEN, die Selbstbeschäftigung einzustellen. Wir unterbreiten ein konkretes Gegenangebot zu Kostenexplosion, Aufrüstung und Abgehobenheit. Sozial. Klar. Zuverlässig:

#### **1. 2023 muss das Jahr der Diplomatie und des Friedens werden**

Wir erwarten von Scholz und Baerbock, eine europäische Friedensinitiative vorzulegen, die die Kriegsparteien nach der russischen Aggression in der Ukraine an den Verhandlungstisch holt. Deutschland darf nicht zur militärischen Führungsmacht, sondern sollte zur europäischen Friedensmacht werden.

#### **2. Die Preise für Energie und Lebensmittel müssen runter!**

Wir streiten für ein günstiges Grundkontingent für Strom und Energie – pro Person, pro Haushalt. Wir wollen eine Vollbremsung bei den Lebensmittelpreisen und dafür die Mehrwertsteuer

bis mindestens Jahresende aussetzen.

#### **3. Lohnerhöhungen, Rentenreform und ein Schutzschirm gegen Armut**

2023 sollte das Jahr der Lohnerhöhungen werden. Wir fordern eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und ein Rentensystem, das sich an dem österreichischen orientiert, wo die durchschnittliche Rente rund 800 Euro höher liegt.

#### **4. 100 Milliarden Euro für die Energieversorgung statt für die Rüstungsindustrie**

In Deutschland ist Strom fünfmal und Gas siebenmal so teuer wie in den USA. Deutschland hat sein Klimaziel auch im vergangenen Jahr verfehlt. Wir wollen die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr für Investitionen in erneuerbare Energien und sinkende Preise umwidmen.

#### **5. Vorschläge der Wirtschaftsweisen umsetzen und Superreiche höher besteuern!**

Wir wollen höhere Steuern für Spitzenverdiener und die Superreichen sowie Entlastungen bis zur Mittelschicht. Mit einer

Übergewinnsteuer, die rückwirkend gilt, könnten im Gegenzug über 100 Milliarden Euro von den Energiekonzernen, die die Verbraucher 2022 bei Strom, Gas und Sprit abkassiert haben, abgeholt werden.

Wir sind die Stimme im Bundestag für soziale Sicherheit und Frieden.

Und links wirkt. 2022 haben wir über 500 kleine Anfragen gestellt. Wir haben aufgedeckt, dass fast drei Millionen Kinder in Armut leben, mehr als jeder fünfte Beschäftigte für Niedriglohn arbeitet, die Zahl der Sozialwohnungen immer weiter abnimmt. Dieses Wissen und den Druck für Veränderungen gäbe es ohne uns nicht.



### **Sebastian Walter: Energiekosten – Härtefallfonds notwendig**

Seit dem 9. Januar ist in Berlin ein Härtefallfonds für Menschen verfügbar, die aufgrund der steigenden Energiekosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Dazu erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter: „In Brandenburg waren in den vergangenen Jahren schon Tausende Haushalte von Stromsper-

ren betroffen. Bei den weiterhin massiv steigenden Kosten drohen immer mehr Menschen im Dunkeln oder Kalten zu sitzen. Wir fordern einen Energiekosten-Härtefallfonds nach Berliner Beispiel auch für Brandenburg! Kein Mensch in unserem Bundesland soll Angst davor haben, irgendwann im Kalten oder Dunkeln sitzen zu müssen. Viele

Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in den vergangenen Wochen ihre teilweise drastisch erhöhten Strom- und Wärmerechnungen erhalten. Die Preisbremsen vom Bund greifen zu kurz. Deshalb muss vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geholfen werden.“

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

## ◀ Linke vor Ort

### Karsten Knobbe – leidenschaftlicher Anwalt fürs Gemeinwohl

Acht Jahre war der LINKEN-Politiker Karsten Knobbe erfolgreich als Bürgermeister in Hoppegarten tätig. Von seiner umtriebigen Arbeit sprechen u. a. eine neue Schule, neue Kitas, der Brandenburger Tag erstmals in einer Gemeinde, kostenfreie Kulturangebote, die Ansiedlung von Clinton sowie die Erlangung des Status von Hoppegarten als Mittelzentrum in Funktionsteilung, was bessere Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet. Vor drei Jahren endete seine Tätigkeit. Wie geht es dem heute 62-Jährigen?

Impulse sprach mit ihm.

**Karsten, viele hören ab und zu von Dir, wenn Du jeden ersten Dienstag im Monat gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Niels-Olaf Lüders ehrenamtlich zur kostenlosen Rechtsberatung „DIE LINKE. hilft“ einlädst. Wie hat sich Dein Leben außerdem in den zurückliegenden drei Jahren verändert?**

Corona und meine Rückkehr in den Anwaltsberuf haben mein Leben neu strukturiert. Die anwaltliche Tätigkeit hat mich schneller und intensiver in Beschlag genommen, als ich zum Ende der Amtszeit dachte. Zahlreiche ehemalige Mandanten haben sich eine erneute Betreuung meinerseits gewünscht.

Hinzu kam die Leitung eines größeren Bauprojekts in Berlin, initiiert und gefördert von der Senatsverwaltung. Mit einem Bauvolumen von ca. 15 Millionen Euro entstehen dabei in Ober-

schöneweide auf einem alten TRO-Gelände neue und preiswert zu mietende Ateliers für junge Künstlerinnen und Künstler. Corona bedingte viel Arbeit im Home-Office, was aber meine Familie und ich durchaus genossen. Sie haben mich in den ersten sechs Monaten mehr gesehen als in den acht Jahren der Amtszeit.

**Blickst Du dennoch mitunter wehmütig auf Deine Zeit als Bürgermeister zurück?**

Wehmut ist nicht das richtige Wort. Auch wenn ich gerne meine Arbeit und die damit verbundenen Projekte fortgesetzt hätte. Die Entwicklung Hoppegartens geht aus meiner Sicht – aus welchen Gründen auch immer – zu langsam voran.

Ich bin froh über die Erfahrungen, die ich im Amt sammeln durfte und stolz auf das, was in dieser Zeit gemeinsam mit der Verwaltung und der Gemeindevertretung geleistet wurde.

Mit vielen Bürgermeister\*innen habe ich heute noch Kontakte, insbesondere im Kommunalen Nachbarschaftsforum, das die Berliner Bezirke, die umliegenden Brandenburger Kommunen und einige Landkreise erfasst. Ich habe mich als Bürgermeister mehrere Jahre dafür eingesetzt, dieses Forum in einen richtigen eingetragenen Verein umzuwandeln. Dies war mir am Ende der Amtszeit gelungen und als Rechtsanwalt und Bürgermeister a. D. begleitete ich die Gründung und die Arbeit des Vereins weiterhin.



Foto: R. Adolph

**Darüber hinaus leitest Du seit mehreren Jahren als Vorsitzender die Bundesschiedskommission der LINKEN. Worum geht es dabei?**

Die Bundesschiedskommission ist das oberste Schiedsorgan/Gericht unserer Partei. Wir sind zweite und letzte Instanz bei Entscheidungen der Landesschiedskommissionen und sind darüber hinaus zuständig für alle Streitigkeiten auf Bundesebene. Grundlage sind neben der Bundessatzung und der Schiedsordnung unserer Partei das Parteiengesetz, das es den Parteien ermöglicht, eine eigene, vom Staat unabhängige Gerichtsbarkeit aufzubauen. Hauptsächlich geht es da um Parteiausschlussverfahren sowie Wahl- und Beschlussanfechtungen.

Mir gefällt diese Arbeit in der Bundesschiedskommission, deren Vorsitzender ich seit acht Jahren bin. Es ist ein gutes Team, in dem es manchmal durchaus harte Diskussionen in der Sache, aber nie Streit gibt.

**Wir wünschen Dir weiterhin viel Freude und Kraft!**

**Bürgerbüros****Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

**Geschäftsstellen****Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

**Strausberg**

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 - 12.30 Uhr

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

**Nächste Ausgabe**

Redaktionsschluss: 16. Feb. 2023

Erscheinen: 1. März 2023

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

**Treffpunkt Große Straße 45**

**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.**

Die BO Strausberg Nord1 diskutiert mit der Landesvorsitzenden der LINKEN BB, **Katharina Slanina**, am **14. Februar**, 14 Uhr.

**DIE LINKE hilft bei Technik: Computer, Handy, Geräte**

jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr vor Ort oder per Video: [bit.ly/03341](https://bit.ly/03341)

Die **Linksfraktion des Kreistages** berät am **8. Februar**, 18 Uhr.

**DIE LINKE hilft : Kostenlose Rechtsberatung**

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

**Gemeinsames Frühstück** – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

**Verschenkeflohmarkt in Strausberg**

Gib, was du übrig hast – nimm, was du gebrauchen kannst.

**Sonntag, 5. März, 15 bis 17 Uhr**, findet im Domizil (Am Annatal 58 in Strausberg) der erste Tausch- und Verschenkeflohmarkt der LINKEN und des Mietenstoppbündnis Strausberg statt.

**Kleidung, Keramik, Spielzeug** können gegen eine Spende oder ohne Geld mitgenommen werden.

Für warme Getränke, Zuckerwatte, Kuchen und etwas Essen ist gesorgt.

**Sollte Containern strafbar sein?**

In einer Zeit, in der es Menschen gibt, die nicht über den Monat kommen, werden rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel jährlich vernichtet. Bedürftige aber auch Menschen, die sich gegen die Verschwendung von Lebensmitteln einsetzen bzw. die Lebensmittelwirtschaft nicht unterstützen wollen, containern. Es ist moralisch nicht zu verantworten, ge-

**Ein Stolperstein für Moisy Fingergut**

Am **19. Februar um 9 Uhr** wird vor dem Haus Große Straße 61 in Strausberg ein Stolperstein für Moisy Fingergut verlegt. Der Herrensneider aus Chemnitz lebte in Strausberg, wo er im Februar 1943 verhaftet und nach der Haft in einem Potsdamer Gefängnis nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde.

Gemeinsam mit Ihnen und Euch möchten wir an Moisy Fingergut gedenken und die Erinnerung an ihn in das Strausberger Stadtbild tragen.

*Kreisverband*

*Märkisch Oderland – VVN-BdA*

nießbare Lebensmittel zu vernichten. Menschen, die notgedrungen in Müll-eimern oder Containern nach Essen suchen zu bestrafen, empfinde ich als herzlos. Wünschenswerter wäre es, Abhilfe zu schaffen. Bundeslandwirtschaftsminister, Cem Özdemir, will das Containern nun straffrei stellen. Hoffen wir, dass er es schafft.

*Simone Schubert*